

Diesmal geht's um mehr

Europawahl 2014: Eine Chance für das europäische bürgerschaftliche Engagement

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger trug im vergangenen Jahr dazu bei, die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess der EU zu fördern. Mit Blick auf die Europawahlen wurde das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger in das Jahr 2014 verlängert. Dies stellt eine weitere Möglichkeit dar, Wählerinnen und Wähler über ihr Wahlrecht zu informieren und sie zur Wahlteilnahme zu motivieren.

Eine moderne Zivilgesellschaft erkennt man daran, dass sich deren Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben und an den demokratischen Prozessen beteiligen. Politische Partizipation ist die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Dabei ist die Abgabe der Stimme bei Wahlen die üblichste Form politischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der repräsentativen Demokratie.

Auch die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) haben die Möglichkeit, die politischen Entscheidungsprozesse in der EU zu beeinflussen, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen und die europäische Demokratie dadurch lebendig zu machen.

Dieses Jahr ist es wieder soweit: Im Zeitraum vom 22. Bis 25. Mai 2014 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, wem sie für die nächsten fünf Jahre das Mandat im Europäischen Parlament erteilen. In Deutschland wird am Sonntag, den 25. Mai gewählt.

“Handeln. Mitmachen. Bewegen.” heißt der Slogan der Europawahlkampagne des Europäischen Parlaments, der unterstreicht, dass es an den Wählerinnen und Wählern liegt, wie Europa in Zukunft aussehen soll.

Handeln - Europa erlebt turbulente Zeiten. Für viele Menschen sind dies auch harte Zeiten. Doch so wie sich die Zeiten ändern, so ändert sich auch die Europäische Union. Das Europäische Parlament hat jetzt mehr Einfluss denn je, um Europa neu zu gestalten. Dies wiederum gibt den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss, etwas zu bewegen. Bei der Europawahl können sie die Entscheidungen beeinflussen, die das Leben von über 500 Millionen Menschen betreffen.

Mitmachen - Bei der europäischen Idee geht es nicht nur um eine einzige Vision. Es geht darum, im Wettstreit der Ideen Europas Weg in die Zukunft zu gestalten. Über die Europawahlen hinaus gibt es für Bürgerinnen und Bürger vielfältige Möglichkeiten, sich in die europäische Debatte einzubringen.

Mit Einführung der Europäischen Bürgerinitiative können seit April 2012 eine Million Unionsbürgerinnen und -bürger zusammen die Europäische Kommission auffordern, Vorschläge für einen europäischen Rechtsakt vorzulegen. Diese Forderung muss einen Bereich betreffen, für den die EU Kompetenzen hat, z.B. Binnenmarkt, Umwelt, Verkehr oder Verbraucherschutz.

Eine weitere Form der Bürgerbeteiligung ist die Möglichkeit, sich mit einer Petition an das Europäische Parlament zu wenden. Jede Person mit festem Wohnort in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union kann in EU-Angelegenheiten eine Petition an das Europäische Parlament richten. Zahlreiche Petitionen fördern Probleme bei der konkreten Anwendung europäischer Gesetze zu Tage, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Binnenmarkt und Anerkennung von Diplomen und Berufsabschlüssen. Das Parlament leistet einen wichtigen Beitrag, um diese Probleme zu lösen.

Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments organisiert schon seit vielen Jahren an verschiedenen Orten in Deutschland die Veranstaltungsreihe "Mitreden über Europa". Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, in ihrer Heimatstadt mit Europaabgeordneten und Experten zu diskutieren und Einfluss auf die Europapolitik

zu nehmen. Besondere Bedeutung hat dabei die regionale bzw. lokale Dimension europäischer Politik.

Das aktive bürgerschaftliche Engagement wird vom Europäischen Parlament auf vielfache Weise unterstützt. Seit 2008 vergibt das Europäische Parlament den Europäischen Bürgerpreis. Mit diesem Preis wird außergewöhnliches Engagement für ein besseres gegenseitiges Verständnis und mehr Integration in der EU geehrt. Ausgezeichnet werden zum Beispiel Initiativen für bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb Europas und die praktische Anwendung der Werte der EU-Grundrechtecharta. 2013 wurden insgesamt 43 Projekte mit dem europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet, von denen fünf aus Deutschland kamen.

Bewegen - In fast allen Bereichen der europäischen Gesetzgebung ist das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Ministerrat (Vertretung der Mitgliedsstaaten) Mitgesetzgeber, so z.B. in den Bereichen Binnenmarkt, Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Ein aktuelles Beispiel sind die europäischen Datenschutzvorschriften. Das Europäische Parlament hat sich für eine umfassende Überarbeitung der Datenschutzvorschriften zum Schutz der Privatsphäre eingesetzt. Es erzwang Änderungen des Abkommens mit den USA zur Übermittlung von Fluggast- und Bankdaten und lehnte das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) wegen möglicher Einschränkungen der Privatsphäre und der Freiheit des Internets ab.

"Diesmal geht's um mehr" ist ein weiterer Slogan der Kampagne zur Europawahl 2014. Die Europawahl 2014 ist eine besondere Wahl, auch weil die EU und ihre Mitgliedsstaaten noch mit der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise befasst sind. Die Europawahl ist damit auch eine Wahl über den künftigen Kurs der Europäischen Union in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. So ist das Europäische Parlament z.B. Mitgesetzgeber bei den Themen Finanzdienstleistungen und Bankenunion.

Die Europawahl 2014 ist zudem die erste Europawahl nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Der Vertrag von Lissabon führte Ende 2009 zu einer Reihe von Änderungen mit dem Ziel, die Union bürgernäher zu gestalten und die grenzüberschreitende Debatte zu EU-Themen zu fördern. Der Vertrag von Lissabon

stärkt die Rolle der Bürgerinnen und Bürger als politische Akteure in der EU sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments, indem er seine Rolle als Mitgesetzgeber festigt und erweitert. Das Europäische Parlament bestimmt über Gesetze mit, die in allen 28 Mitgliedsstaaten gelten und entscheidet über alle internationalen Abkommen sowie über den Haushalt der Europäischen Union mit. So ist das Europäische Parlament als eine direkt gewählte Institution der Europäischen Union der Dreh- und Angelpunkt für europäische Entscheidungen.

Die Europawahl 2014 wird auch beeinflussen, wer der nächste Präsident der Europäischen Kommission wird. Die Staats- und Regierungschefs werden den Ausgang der Europawahl zu berücksichtigen haben, wenn sie den Kandidaten oder die Kandidatin für dieses Amt vorschlagen. Das neu gewählte Europäische Parlament wird dann über diesen Kandidaten abstimmen: "Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission", besagt Artikel 14 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Im Einklang mit Artikel 17, Absatz 7 des EUV schlägt der Europäische Rat unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor. Dieser muss anschließend vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die Wählerinnen und Wähler haben also einen Einfluss darauf, wer an der Spitze der nächsten Europäischen Kommission stehen wird.

Um diesen Prozess zu fördern und ein stärkeres europäisches politisches Bewusstsein herauszubilden, forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung zu den Europawahlen 2014 die europäischen politischen Parteien nachdrücklich auf, Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu nominieren. Das Parlament geht davon aus, dass diese Spitzenkandidaten im Wahlkampf eine führende Rolle spielen und insbesondere ihr Programm in den Mitgliedstaaten der Union vorstellen werden.¹

¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 2012 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0462+0+DOC+XML+V0//DE>

Auch die Europäische Kommission veröffentlichte eine Empfehlung, in der sie die Nominierung der Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten seitens der europäischen politischen Parteien ausdrücklich befürwortet.²

Die Position des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission wird durch aktuelle Umfrageergebnisse untermauert: Eine Eurobarometer-Umfrage³ vom Februar 2013 kam zu folgendem Ergebnis: 62 % der Befragten sind der Meinung, dass die Wahlbeteiligung bei Europawahlen steigen würde, wenn die Parteien einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellen würden.

Europäische Themen bestimmen heutzutage mehr denn je die öffentliche Debatte und das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger in der EU. Eine rege Wahlbeteiligung wäre ein wichtiges Signal für die weitere Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft. Bei der Europawahl 2014 geht es auch darum, die Wahlen stärker zu einer Entscheidung über die aktuelle europäische Politik zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, einen klaren Zusammenhang zwischen ihrer Wahlentscheidung und den Entscheidungen, die in den nächsten Jahren in der EU getroffen werden, zu erkennen.

Autor: *Frank Piplat ist der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland. Vorher war er u.a. Leiter des Besucherdienstes des EP in Brüssel und Straßburg und Referent im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP.*

Kontakt: *frank.piplat@europarl.europa.eu*

² Europawahl 2014: Kommission will, dass Europaparteien Kommissionspräsidenten-Kandidaten nominieren: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-215_de.htm

³ Eurobarometer zum Wahlrecht der EU-Bürger:
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_373_en.pdf